

ERASMUS+ JOB SHADOWING | BUDAPEST | 13.-15. AUGUST 2026

Demokratie braucht Beteiligung

Was wir aus drei Tagen Job Shadowing mit der ungarischen Zivilgesellschaft und dem neu aufgebauten Bildungsministerium mitnehmen



Wie baut man ein Bildungssystem demokratisch neu auf? Welche Rolle spielen Eltern, Kinder und Zivilgesellschaft dabei? Und was können wir in Deutschland aus den Erfahrungen von Menschen lernen, die über viele Jahre unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen für Beteiligung, Bildungsgerechtigkeit und demokratische Freiräume gearbeitet haben?

Mit diesen Fragen reiste eine Delegation des Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) im August nach Budapest. Im Rahmen eines dreitägigen Erasmus+ Job Shadowings bei unserer Partnerorganisation Szülői Hang – Parents' Voice Hungary erhielten wir intensive Einblicke in die Arbeit ungarischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und in die aktuellen Veränderungen der ungarischen Bildungslandschaft.

Teil der Delegation waren Anja Treichel, Geschäftsführerin des bbt, Olga Dudko, Vorstandsmitglied des bbt sowie Gründerin und Geschäftsführerin des Bundesverbands ukrainischer Familien, Senior*innen, Frauen und Jugend, und Undra Dressler, Vorstandsmitglied des bbt und Geschäftsführerin des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSÄ).

Unsere Gastgeber György Miklós und Attila Walton von Szülői Hang kannten wir bereits aus der gemeinsamen Arbeit in der European Parents' Association (EPA), in der sowohl bbt als auch Szülői Hang Mitglied sind. Dieser bereits bestehende europäische Austausch bildete eine wichtige Grundlage für das Job Shadowing in Budapest.

György und Attila begleiteten uns durch die Tage, ermöglichten Kontakte, nahmen uns in ihre praktische Arbeit und Pressearbeit mit und diskutierten täglich über Stunden mit uns. Gerade diese intensive Begleitung machte aus der Reise mehr als eine Reihe von Besuchen: Sie ermöglichte einen wirklichen Einblick in Arbeitsweisen, politische Rahmenbedingungen und die Frage, wie Zivilgesellschaft auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig bleiben kann.

Ein Land im politischen Umbruch – und ein Bildungssystem vor einem Neuanfang

Der Zeitpunkt unseres Job Shadowings hätte kaum interessanter sein können.

Nach 16 Jahren Fidesz-Regierung steht Ungarn vor einem tiefgreifenden politischen und institutionellen Neuanfang. Dieser ist im Bildungsbereich besonders sichtbar. Über lange Zeit gab es kein eigenständiges Bildungsministerium; wesentliche Zuständigkeiten für Bildung waren in andere Ressorts integriert.

Nun wird wieder ein eigenständiges Ministerium für Bildung und Kinderangelegenheiten – Oktatási és Gyermekügyi Minisztérium – aufgebaut.

Was auf dem Papier zunächst wie eine Verwaltungsreform klingt, wurde für uns während der Reise sehr konkret: Ein Ministerium, das in vielen Bereichen neu aufgebaut wird, muss nicht nur

Zuständigkeiten und Verwaltungsabläufe organisieren. Es muss auch neu bestimmen, wie Politik entsteht, wer gehört wird und welche Rolle Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Eltern, Schüler*innen und pädagogische Fachkräfte dabei spielen sollen.

In unseren Gesprächen wurde die Größe dieser Aufgabe deutlich. Nach Jahren stark zentralisierter Steuerung entstehen neue Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig entsteht aber auch eine Art Vakuum: Strukturen, Rollen und Erwartungen müssen neu ausgehandelt werden.

Genau diese Frage stand im Zentrum unseres Erasmus+ Learning Agreements. Wir wollten verstehen, welche Auswirkungen langfristige politische Einflussnahme auf ein Bildungssystem hat und welche Faktoren notwendig sind, um demokratische Governance und Elternbeteiligung zu stärken oder neu aufzubauen. Weitere Lernziele waren die Analyse zivilgesellschaftlicher Advocacy-Strategien, der Vergleich unterschiedlicher Modelle der Elternbeteiligung, organisationale Resilienz und der Transfer der Erkenntnisse in die strategische Arbeit des bbt.



Vor dem neu aufgebauten Ministerium für Bildung und Kinderangelegenheiten in Budapest.

Ein besonderer Termin: zu Gast im neu aufgebauten Bildungsministerium

Ein Höhepunkt unserer Reise war der Besuch im neuen Ministerium für Bildung und Kinderangelegenheiten.

Dort trafen wir Anita Kaderják, die persönliche Referentin der Bildungsministerin. Sie berichtete uns sehr offen von der besonderen Situation, ein Ministerium in einer Phase des politischen und institutionellen Neuanfangs mit aufzubauen.

Unser eigenes Gespräch war intensiv – obwohl uns nur begrenzt Zeit zur Verfügung stand. Wir berichteten davon, wie Bildungsadministration, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in Deutschland derzeit tatsächlich zusammenarbeiten, welche institutionalisierten Zugänge und Kooperationsformen es gibt und an welchen Stellen auch das deutsche System weiterhin Defizite aufweist.

Als bbt erleben wir beispielsweise, dass Ministerien zivilgesellschaftliche Organisationen in politische und legislative Prozesse einbeziehen und Stellungnahmen anfragen. Öffentlich finanzierte Projekte können zudem Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Bildungspraxis ermöglichen. Ein Beispiel ist unser Projekt MELT mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin.

Der Austausch hatte für uns dabei einen unerwarteten Effekt: Er veränderte auch unseren Blick auf die Bedingungen, unter denen wir selbst in Deutschland arbeiten.

Kritik an bestehenden Strukturen gehört zur Rolle von bbt. Wir weisen auf ungleiche Bildungszugänge, fehlende Repräsentation, Diskriminierung und unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten hin – und werden das auch weiterhin tun. Gerade der Vergleich mit Ungarn machte uns jedoch bewusst, dass es in Deutschland zugleich Strukturen gibt, die keineswegs selbstverständlich sind.

Dazu gehören öffentlich geförderte zivilgesellschaftliche Projekte, institutionalisierte Formen der Konsultation, Kooperationen mit Wissenschaft und Bildungsadministration sowie eine vielfältige Landschaft von Migrant*innenorganisationen, die ihre Perspektiven zunehmend auch in politische Prozesse einbringen können.

In Ungarn begegneten wir dagegen einer Situation, in der Migrant*innenorganisationen in deutlich geringerem Umfang institutionalisiert sind und zivilgesellschaftliche Organisationen wesentlich weniger auf verlässliche öffentliche Förderung zurückgreifen können. Vieles hängt von Ehrenamt, Spenden und dem persönlichen Einsatz Einzelner ab.

Gute demokratische Rahmenbedingungen erkennt man manchmal erst dann als solche, wenn man erlebt, wie es aussieht, wenn sie fehlen.

Diese Erfahrung relativiert unsere Kritik nicht. Sie schärft sie vielmehr. Damit verbindet sich für uns auch eine Verantwortung: Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen nicht nur genutzt, sondern geschützt, weiterentwickelt und für diejenigen geöffnet werden, die bislang noch zu wenig vertreten sind.

Wie werden demokratische Elternstimmen tatsächlich gehört?

Ein zentraler Teil unseres Gesprächs drehte sich deshalb um die Frage, wie demokratische Elternstimmen verlässlich in bildungspolitische Entscheidungen einbezogen werden können.

Deutschland verfügt mit gesetzlich verankerten Elternvertretungen auf Schul-, Landes- und weiteren Ebenen grundsätzlich über etablierte Beteiligungsstrukturen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob diese Strukturen heute noch ausreichen und tatsächlich die Vielfalt der Elternschaft abbilden.

Denn nicht alle Eltern haben die gleichen Voraussetzungen, sich in den bestehenden Gremien zu engagieren. Zeitliche Ressourcen, Sprachkenntnisse, Wissen über das Bildungssystem und Erfahrungen im Umgang mit Institutionen beeinflussen, wer sich beteiligt – und letztlich auch, wessen Stimme gehört wird. Eltern mit Migrationsgeschichte und andere marginalisierte Gruppen sind deshalb in etablierten Beteiligungsstrukturen häufig nicht entsprechend vertreten.

Für uns gehört daher auch die Frage auf die bildungspolitische Agenda, ob und wie das System der gesetzlich verankerten Elternvertretungen in Deutschland weiterentwickelt oder reformiert werden muss.

Wie können demokratisch legitimierte Elternvertretungen gestärkt und zugleich für bislang unterrepräsentierte Eltern geöffnet werden? Welche Rolle können Migrant*innenorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Elternorganisationen dabei übernehmen? Und wie lassen sich formale Elternvertretung und organisierte Zivilgesellschaft sinnvoll miteinander verbinden?

Genau darin liegt für uns eine zentrale Aufgabe demokratischer Bildungspolitik: Es reicht nicht, Beteiligungsrechte formal vorzusehen. Beteiligungsstrukturen müssen so gestaltet sein, dass möglichst alle Eltern die reale Möglichkeit haben, ihre Perspektiven einzubringen – insbesondere diejenigen, deren Stimmen bislang zu selten gehört werden.

Eine echte Erziehungs- und Bildungspartnerschaft muss zudem Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte, Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen als Akteur*innen mit unterschiedlicher, aber jeweils relevanter Expertise verstehen. Beteiligung bedeutet mehr als Information. Sie braucht Strukturen, in denen Menschen tatsächlich Einfluss nehmen können.

Zwei Flaggen – und eine kleine Geschichte mit großer Symbolkraft

Auf unserem gemeinsamen Foto im Ministerium stehen wir zwischen der ungarischen und der europäischen Flagge. Anita erzählte uns, dass die Mitarbeiter*innen beim Einzug in die neuen Räume die EU-Flagge zunächst suchen mussten.

Es ist nur eine kleine Geschichte. Für uns wurde sie dennoch zu einem starken Symbol dieses Besuchs: Institutionen verändern sich nicht allein dadurch, dass eine neue Regierung ihr Amt antritt. Demokratie muss in Strukturen, Routinen und Beziehungen mit Leben gefüllt werden.



Im neu aufgebauten ungarischen Ministerium für Bildung und Kinderangelegenheiten: Austausch über Elternbeteiligung, Zivilgesellschaft und demokratische Bildungsstrukturen.

Neuanfang bedeutet auch Unsicherheit

In unseren Gesprächen begegnete uns immer wieder eine Gleichzeitigkeit von Aufbruch und Vakuum.

Nach einem politischen Wechsel können Dinge plötzlich möglich werden, die vorher kaum denkbar erschienen. Menschen können neu fragen: Was wollen wir von unserem Bildungssystem? Welche Beteiligungsstrukturen brauchen wir? Wie wollen Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander arbeiten?

Aber ein solcher Moment ist nicht automatisch demokratisch. Wenn alte Strukturen wegfallen, entstehen zunächst auch leere Räume. Menschen müssen nach langer Erfahrung eingeschränkter Beteiligung häufig erst wieder herausfinden, was sie fordern können, wie sie sich einbringen möchten und ob ihr Engagement tatsächlich etwas bewirkt.

Hier entstand in unseren Gesprächen eine unerwartete Verbindung zu Erfahrungen nach der deutschen Wiedervereinigung. Natürlich sind die historischen und politischen Situationen nicht gleichzusetzen. Aber es gibt eine Frage, die über diese Unterschiede hinweg relevant ist: Was passiert, wenn Systeme sich grundlegend verändern, neue Institutionen entstehen – aber die Menschen vor Ort nicht ausreichend daran beteiligt werden, sie zu gestalten?

Leere Räume werden schnell von neuen Akteur*innen besetzt. Wenn diejenigen, deren Leben von den Veränderungen unmittelbar betroffen ist, erneut das Gefühl bekommen, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, können Erfahrungen von Ohnmacht und mangelnder Selbstwirksamkeit fortbestehen oder sich wiederholen.

**Ein neues System darf nicht nur für
Menschen aufgebaut werden. Es muss mit
ihnen aufgebaut werden.**

Szülői Hang: Zivilgesellschaft, die nicht aufgegeben hat

Diese Frage führte immer wieder zurück zu unseren Gastgebern. Szülői Hang – Parents' Voice Hungary arbeitet für Elternbeteiligung und eine demokratische Bildungspolitik. Besonders beeindruckt hat uns, unter welchen Bedingungen diese Arbeit über Jahre aufrechterhalten wurde.

György Miklós und Attila Walton nahmen sich während unseres Aufenthalts jeden Tag viele Stunden für uns. Wir diskutierten über Elternrechte und Elternbeteiligung, Medienarbeit, öffentliche Kommunikation und politische Strategien. Wir konnten ihre Pressearbeit beobachten

und bekamen einen unmittelbaren Eindruck davon, wie viel Arbeit hinter einer zivilgesellschaftlichen Organisation steht.

Und all das wird bei Szülői Hang ehrenamtlich geleistet.

Neben Beruf, Familie und alltäglichen Verpflichtungen über Jahre eine Organisation aufrechtzuerhalten, politische Entwicklungen zu verfolgen, Öffentlichkeit herzustellen und Eltern zu organisieren, ist eine enorme Leistung.

Im Learning Agreement hatten wir uns vorgenommen zu untersuchen, wie Organisationen unter politisch restriktiven Bedingungen Resilienz, öffentliche Legitimität und Wirkung erhalten. In Budapest wurde aus diesem abstrakten Lernziel eine sehr konkrete Erfahrung.

Demokratische Zivilgesellschaft besteht nicht von selbst. Sie besteht, weil Menschen bereit sind, Zeit, Energie, Fachwissen und häufig einen beträchtlichen Teil ihres Privatlebens zu investieren.

Gleichzeitig kann eine demokratische Gesellschaft nicht dauerhaft darauf bauen, dass zentrale zivilgesellschaftliche Aufgaben allein durch diesen außergewöhnlichen persönlichen Einsatz getragen werden. Zivilgesellschaft braucht nicht nur Anerkennung in Worten, sondern Ressourcen, verlässliche Rahmenbedingungen und tatsächliche politische Zugänge.



Unterwegs in Budapest mit Attila Walton von Szülői Hang: Das Job Shadowing bestand aus kontinuierlichem Austausch über mehrere Tage.

Die Perspektive unserer Gastgeber: Szülőí Hang

Wie Szülőí Hang selbst den Austausch bewertet, ist für uns ein wichtiger Teil der gemeinsamen Reflexion. Die folgenden Gedanken geben ausdrücklich die Perspektive unserer Gastgeberorganisation wieder:

Szülőí Hang ist 2024 der EPA (European Parents' Association) beigetreten, um sich mit anderen europäischen Organisationen zusammenzuschließen und gemeinsam stärker zu werden. Für uns ist es sehr wertvoll, engere Beziehungen zum bbt in Deutschland aufgebaut zu haben und nun auch die

Delegation des bbt in Budapest begrüßen zu können. Wir können viel daraus lernen, das System der Elternvertretung in Deutschland besser zu verstehen, das deutlich besser organisiert ist als das, was wir derzeit in Ungarn haben. Dies hilft uns zu erkennen, wie Elternvertretung besser und effizienter gestaltet werden könnte. Gleichzeitig ist es für uns wichtig zu sehen, dass Elternvertretungen auch in weiter entwickelten Systemen eine wichtige Rolle spielen. Das ist eine Botschaft, die wir auch an die Eltern hier in Ungarn weitergeben können.

Neben unserem gemeinsamen Interesse an Elternvertretung teilen wir auch die Überzeugung, dass die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaften gestärkt werden müssen – und dass Schulen dabei eine entscheidende Rolle spielen können. Wir erleben, dass die Unterstützung für Demokratie und für die grundlegenden europäischen Werte sehr fragil ist. Das erfordert unmittelbares Handeln. Auch wenn sich die Probleme in unseren Ländern unterschiedlich zeigen, stehen wir vor einer vergleichbaren Herausforderung: Autokratische Herrschaft kann die Demokratie bedrohen – und damit unmittelbar auch das Bildungssystem. Wir brauchen deshalb einen kontinuierlichen Dialog zwischen unseren Ländern, damit wir solche Herausforderungen gemeinsam reflektieren und angemessen auf sie reagieren können. Dieser Besuch hat wesentlich dazu beigetragen, unsere Zusammenarbeit weiter zu stärken.

— Szülőí Hang – Parents' Voice Hungary

Wer erzählt eigentlich die Geschichte eines Landes?

Dabei wurde uns noch etwas bewusst. Wer in Deutschland in den vergangenen Jahren Nachrichten aus Ungarn verfolgt hat, hörte vor allem einen Namen: Viktor Orbán.

Die intensive Berichterstattung über autoritäre Entwicklungen war notwendig. Gleichzeitig entstand dadurch leicht ein Bild, in dem die Regierung nahezu das ganze Land repräsentierte.

Viel weniger hörten wir über diejenigen, die während dieser Jahre weiterarbeiteten: Elterninitiativen, Menschenrechtsorganisationen, Organisationen für Migrant*innen und Geflüchtete, Unterstützer*innen marginalisierter Familien und viele andere.

Erst als zivilgesellschaftliche Mobilisierung eine kaum noch zu übersehende Größenordnung erreichte – etwa bei den großen Pride-Demonstrationen in Budapest – wurde auch international stärker sichtbar, wie viele Menschen sich für eine andere, offene und demokratische Gesellschaft engagieren.

Wenn wir über Länder oder Regionen sprechen, in denen autoritäre oder rechtsextreme Kräfte stark sind, dürfen wir nicht ausschließlich auf diese Kräfte schauen. Wir müssen mindestens ebenso genau auf diejenigen schauen, die demokratische Strukturen vor Ort tragen.

Denn sonst entsteht ein paradoxer Effekt: Diejenigen, die Demokratie gefährden, erhalten maximale Öffentlichkeit – während diejenigen, die sie jeden Tag aufrechterhalten, kaum sichtbar sind.



Budapest bei Nacht. Die Reise war auch eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Geschichten über ein Land international sichtbar werden – und welche nicht.

Menedék: Migration, Teilhabe und gesellschaftliche Zugehörigkeit

Eine weitere Station unseres Job Shadowings war Menedék – Hungarian Association for Migrants. Dort sprachen wir mit Dorka Brózik und Éva Füredi.

Menedék arbeitet mit Migrant*innen und Geflüchteten in Ungarn. Für uns war der Austausch besonders interessant, weil sich hier unmittelbar Verbindungen zu unserer eigenen Arbeit als Bundesnetzwerk migrantischer Elternorganisationen ergaben.

Wir sprachen über die Situation migrantischer Familien, gesellschaftliche Teilhabe und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Unterstützung von Menschen, die von etablierten Strukturen nicht ausreichend erreicht werden.

Wer hat Zugang zu Beteiligung – und wessen Perspektiven fehlen?

Formale Rechte allein gewährleisten noch keine gleichberechtigte Beteiligung. Menschen brauchen Zugänge, Informationen, vertrauenswürdige Ansprechpartner*innen und Organisationen, die ihre Erfahrungen in institutionelle und politische Prozesse einbringen können.

Gerade der Besuch bei Menedék führte uns gleichzeitig vor Augen, wie unterschiedlich die zivilgesellschaftliche Infrastruktur in Deutschland und Ungarn ausgeprägt ist. Eine vielfältige Landschaft eigenständiger Migrant*innenorganisationen, wie wir sie aus Deutschland kennen, ist keine Selbstverständlichkeit.



Job Shadowing bei Menedék: Austausch über Migration, Teilhabe und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen.

InDaHouse: Was Bildungsungleichheit mit den Erwartungen an ein Kind macht

Bei InDaHouse Hungary trafen wir Krisztina Hornyai. Begleitet wurden wir dort neben Attila auch von György.

Die Organisation arbeitet in Nordostungarn mit Kindern und Familien, die in Armut leben, überwiegend Roma. Ihre Geschichte führt unmittelbar zu einer Grundfrage von Bildungsgerechtigkeit: Was passiert, wenn gesellschaftliche Benachteiligung nicht durch Bildung ausgeglichen, sondern im Bildungssystem weiter verstärkt wird?

InDaHouse beschreibt, wie Roma-Kinder bereits früh mit niedrigen Erwartungen, Armut, fehlenden Ressourcen und gesellschaftlichem Rassismus konfrontiert werden. In einigen Orten kommen massive strukturelle Probleme hinzu. In Fügöd etwa beschreibt die Organisation einen erheblichen Mangel an pädagogischem Personal in Kindergarten und Schule. Dadurch können sich Entwicklungsunterschiede bereits vor und während der ersten Schuljahre weiter vergrößern.

InDaHouse setzt deshalb früh an. Ehrenamtliche lernen und spielen mit den Kindern, unterstützen bei der Schulvorbereitung, stärken Fähigkeiten und versuchen gleichzeitig, etwas

zu vermitteln, das sich in keiner Schulnote ausdrücken lässt: Du kannst etwas. Deine Zukunft ist nicht bereits entschieden.

Heute nehmen nach Angaben der Organisation mehr als 330 Kinder an ihren Angeboten teil.

Bemerkenswert ist auch die Geschichte der Organisation selbst. Was mit einigen Ehrenamtlichen, Zugfahrten aus Budapest und praktisch ohne finanzielle Ressourcen begann, entwickelte sich zu einer großen Initiative. Das heutige Freiwilligen- und Kinderzentrum entstand mithilfe Hunderter Freiwilliger, privater Unterstützer*innen und Unternehmensspenden.

Wie viel Bildungsungleichheit kann Zivilgesellschaft eigentlich kompensieren?

Über Generationen gewachsene Benachteiligung lässt sich nicht mit einem kurzfristigen Projekt beseitigen. Zivilgesellschaft kann Räume öffnen, Beziehungen schaffen, Kinder stärken und Chancen verbessern. Sie kann jedoch ein strukturell ungleiches Bildungssystem nicht dauerhaft ersetzen.



Im Gespräch mit InDaHouse Hungary über Roma-Familien, Bildungszugänge und langfristige zivilgesellschaftliche Unterstützung.

Elternrechte sind demokratisch – aber Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Unser Austausch in Budapest knüpfte auch an eine Frage an, mit der wir uns bereits vor der Reise intensiv beschäftigt hatten: Welche Rolle spielen Elternrechte für demokratische Bildung – und wie können sie vor autoritärer Instrumentalisierung geschützt werden?

Elternrechte sind ein grundlegender Bestandteil demokratischer Bildungssysteme. Gleichzeitig zeigen internationale Entwicklungen, dass legitime Elternanliegen auch für politische Kulturkämpfe instrumentalisiert werden können.

Für bbt folgt daraus nicht, Elternbeteiligung einzuschränken – im Gegenteil. Die Antwort muss sein, demokratische, vielfältige Elternstrukturen frühzeitig zu stärken.

Elternvertretungen müssen auch diejenigen erreichen, die in etablierten Gremien bislang unterrepräsentiert sind. Dazu gehören insbesondere Eltern mit Migrationsgeschichte und andere Gruppen, deren Kinder überdurchschnittlich häufig von Diskriminierung und Bildungsungleichheit betroffen sind.

Elternrechte müssen außerdem mit Kinderrechten, Antidiskriminierung und den Grundrechten aller Kinder zusammengedacht werden.

Die Aufgabe besteht deshalb nicht darin, Eltern zu misstrauen. Die Aufgabe besteht darin, demokratische Beteiligungsstrukturen so stark, vielfältig und zugänglich zu machen, dass sie nicht erst dann verteidigt werden müssen, wenn antidemokratische Kräfte beginnen, sie strategisch zu besetzen.

Von Budapest nach Sachsen-Anhalt

Für Undra Dressler und LAMSA hatte dieser Austausch eine zusätzliche Aktualität. Am 6. September stehen in Sachsen-Anhalt Wahlen an. Damit stellen sich auch dort Fragen nach der Widerstandsfähigkeit demokratischer Strukturen und nach der Zukunft einer Zivilgesellschaft, die in den vergangenen Jahren wichtige Beteiligungs-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufgebaut hat.

Ungarn und Sachsen-Anhalt sind nicht gleichzusetzen. Aber Budapest hat uns daran erinnert, wie wichtig es ist, demokratische Infrastruktur zu stärken, bevor sie unter existenziellen Druck gerät.

Wenn öffentliche Debatten sich nur noch darum drehen, wie stark antidemokratische Kräfte geworden sind, entsteht dieselbe Gefahr wie bei der internationalen Wahrnehmung Ungarns: Wir reden sehr viel über diejenigen, die Demokratie bedrohen – und zu wenig über diejenigen, die sie tragen.

Gerade deshalb müssen Organisationen, Initiativen und Menschen sichtbar sein, die vor Ort Vertrauen schaffen, Beteiligung ermöglichen, Minderheiten vertreten und demokratische Räume offenhalten.

Und sie brauchen mehr als Anerkennung. Sie brauchen verlässliche Strukturen, Ressourcen, Netzwerke und politische Zugänge.

Nicht warten, bis demokratische Zivilgesellschaft zum Widerstand werden muss. Ihre Strukturen vorher stärken, vernetzen und sichtbar machen.

Persönliche Erfahrungen, die politische Gespräche verändern

Die Gespräche in Budapest hatten noch eine besondere Ebene. Die Beteiligten bringen unterschiedliche biografische Erfahrungen aus Gesellschaften mit, die im 20. Jahrhundert von autoritären Systemen und vom Einfluss der ehemaligen Sowjetunion geprägt waren: Erfahrungen aus der DDR, der Ukraine beziehungsweise Sowjetunion, der Mongolei und Ungarn. Zugleich verbindet diese Länder auf sehr unterschiedliche Weise auch die historische Erfahrung von Faschismus, Krieg und politischer Unterdrückung.

Diese Biografien sind unterschiedlich und dürfen nicht gleichgesetzt werden. Dennoch beeinflussten sie unsere Gespräche.

Wir sprachen nicht nur abstrakt über Institutionen und Governance. Wir sprachen auch darüber, was politische Systeme mit Menschen machen: mit Erwartungen, Vertrauen, Selbstwirksamkeit und dem Gefühl, tatsächlich Einfluss nehmen zu können.

Gerade deshalb erschien uns die Beteiligung der Menschen vor Ort beim Aufbau neuer Strukturen so zentral.

Demokratische Institutionen können auf dem Papier vergleichsweise schnell geschaffen werden. Demokratische Erfahrung entsteht langsamer. Sie entsteht dort, wo Menschen erleben, dass ihre Stimme zählt.

Was wir aus dem Job Shadowing mitnehmen

Nach drei intensiven Tagen nehmen wir keine fertigen Rezepte aus Ungarn mit. Dafür nehmen wir Erfahrungen, neue Fragen und einige sehr klare Erkenntnisse mit.

Erstens: Demokratische Bildung braucht Zivilgesellschaft. Nicht als dekorative Ergänzung staatlicher Politik, sondern als eigenständige, kritische und fachlich kompetente Partnerin.

Zweitens: Beteiligung muss früh aufgebaut werden. Eltern, Kinder und Jugendliche dürfen nicht erst dann mobilisiert werden, wenn Institutionen bereits in einer Krise stecken.

Drittens: Beteiligung muss vielfältig sein. Demokratische Elternvertretung funktioniert nur, wenn auch diejenigen eine Stimme haben, die in etablierten Strukturen bislang unterrepräsentiert sind. Dazu gehört auch die Frage, ob bestehende gesetzliche Elternvertretungsstrukturen weiterentwickelt werden müssen.

Viertens: Ehrenamt ist unverzichtbar, darf aber nicht als kostenlose Dauerlösung für demokratische Infrastruktur missverstanden werden. Organisationen wie Szülői Hang zeigen, was engagierte Menschen leisten können. Gerade deshalb brauchen sie gesellschaftliche Anerkennung, Ressourcen und langfristig tragfähige Rahmenbedingungen.

Fünftens: Bildungsungleichheit ist strukturell. Die Arbeit von InDaHouse zeigt eindrücklich, was zivilgesellschaftliches Engagement für einzelne Kinder verändern kann – und gleichzeitig, wo die Grenzen dieses Engagements liegen.

Sechstens: Nach politischen Umbrüchen entstehen Chancen und Leerstellen zugleich. Neue demokratische Strukturen sollten deshalb nicht über Menschen hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen aufgebaut werden.

Siebtens: Internationale Zusammenarbeit verändert auch den Blick auf die eigene Situation. Als zivilgesellschaftliche Organisation gehört es zu unserer Aufgabe, bestehende Strukturen kritisch zu hinterfragen. Der Austausch in Ungarn hat uns gleichzeitig vor Augen geführt, dass einige Bedingungen, unter denen wir in Deutschland arbeiten, demokratische Errungenschaften darstellen, die nicht selbstverständlich sind: eine vielfältige Landschaft von Migrant*innenorganisationen, öffentliche Fördermöglichkeiten, institutionalisierte Beteiligungswege und Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und staatlichen Institutionen.

Gerade deshalb müssen diese Strukturen weiterentwickelt und geschützt werden. Denn zivilgesellschaftliche Beteiligung sollte nicht vom außergewöhnlichen persönlichen Einsatz einiger weniger Menschen abhängen. Sie braucht dauerhaft tragfähige Rahmenbedingungen.

**Demokratie braucht nicht nur Aufmerksamkeit,
wenn sie bedroht ist. Sie braucht Aufmerksamkeit
für diejenigen, die sie jeden Tag leben.**

Für uns war das Erasmus+ Job Shadowing deshalb nicht nur ein Blick auf ein Land im Wandel.
Es war auch ein Blick zurück auf unsere eigene Arbeit in Deutschland.

Welche zivilgesellschaftlichen Strukturen nehmen wir als selbstverständlich hin?

Welche Stimmen fehlen weiterhin?

Wie resilient sind unsere Beteiligungsstrukturen tatsächlich?

Und was müssen wir heute tun, damit wir sie morgen nicht neu aufbauen müssen?

Wir danken György Miklós und Attila Walton von Szülői Hang für ihre außergewöhnliche Offenheit, ihre Zeit und die intensive Begleitung während unseres gesamten Aufenthalts, Dorka Brózik und Éva Füredi von Menedék, Krisztina Hornyai von InDaHouse Hungary sowie Anita Kaderják und dem Team des neu aufgebauten Ministeriums für Bildung und Kinderangelegenheiten für die Gespräche und Einblicke.

Wir wollen diesen Austausch fortsetzen.

**Internationale Zusammenarbeit beginnt damit,
einander zuzuhören, Erfahrungen miteinander zu
teilen und gemeinsam bessere Fragen zu stellen.**

Zum Job Shadowing und zu den verwendeten Grundlagen

Das Job Shadowing fand im Rahmen von Erasmus+ Erwachsenenbildung statt.
Gastgeberorganisation war Szülői Hang Közösség. Die vereinbarten Lernziele umfassten demokratische Bildungsreformen, zivilgesellschaftliche Advocacy, Elternbeteiligung, organisationale Resilienz und den Transfer der Erkenntnisse in die strategische Arbeit des bbt.

Grundlagen für diesen Bericht: Europass Learning Agreement 2026; bbt-Input „Government–Civil Society Cooperation in Education in Germany“; bbt-Arbeitspapier zu Elternrechten, demokratischer Resilienz und Elternbeteiligung; Gespräche und Beobachtungen während des Job Shadowings; öffentlich zugängliche Informationen der besuchten Organisationen.